

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Plenarsitzungsdokument

5. Februar 2003

B5-0115/2003

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an eine Erklärung der Kommission

gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Raimon Obiols i Germà, Harlem Désir, Margrietus J. van den Berg,
Stephen Hughes, Olga Zrihen Zaari und Gianni Vattimo

im Namen der PSE-Fraktion

zum Weltsozialforum und zum Weltwirtschaftsforum (Porto Alegre/Davos)

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Weltsozialforum und zum Weltwirtschaftsforum (Porto Alegre/Davos)

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf das jüngste Weltsozialforum in Porto Alegre und das Weltwirtschaftsforum in Davos,
 - unter Hinweis auf die wachsenden Bedenken der Öffentlichkeit bezüglich möglicher negativer Auswirkungen von aktuellen Globalisierungstendenzen,
- A. in der Erwägung, dass das Weltsozialforum von Porto Alegre, wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, festgestellt hat, weltweit zum wichtigsten Forum der Zivilgesellschaften geworden ist; ferner in Erwägung des Erfolgs dieser dritten Runde, in deren Rahmen ein Weltforum der Gebietskörperschaften, ein Weltforum für Bildung, ein Weltforum der Richter, ein Forum der Gewerkschaften und ein parlamentarisches Weltforum veranstaltet wurden,
 - B. in der Erwägung, dass dieses parlamentarische Weltforum ein internationales parlamentarisches Netzwerk ins Leben gerufen hat, dessen Aufgabe es ist, Parlamentarier, Bürger und soziale Bewegungen auf allen Ebenen miteinander zu vernetzen,
 - C. in der Erwägung, dass dieses Weltsozialforum in großem Umfang durch Regionalforen vorbereitet wurde, beispielsweise durch das Europäische Sozialforum in Florenz, das einen öffentlichen europäischen Rahmen für die Diskussion von Fragen bot, die für die künftige Rolle der Europäischen Union in der Welt ausschlaggebend sind,
 - D. in der Erwägung, dass viele Menschen durch ihre Teilnahme an diesen Foren für eine andere Globalisierung die überragende Bedeutung dokumentieren wollten, die sie einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung beimessen; in der Erwägung, dass die hohen Teilnehmerzahlen das neue, unverbrauchte Interesse der Menschen zeigen, sich am Entscheidungsprozess auf allen Ebenen zu beteiligen,
 - E. in der Erwägung, dass diese Bewegung insofern zu Demokratie und Transparenz beiträgt, als sie der Weltöffentlichkeit die Augen öffnet für den zunehmenden sozialen Verfall und die immer stärkere Umweltzerstörung; in der Erwägung, dass Gewerkschaftler, Umweltschützer und Menschenrechtsaktivisten, Frauenrechtlerinnen und NGO den Politikern eine mündliche Botschaft dahingehend übermitteln, dass die aktuellen Globalisierungstendenzen nicht nachhaltig sind,
 - F. in der Erwägung, dass viele Bewegungen, die in Porto Alegre vertreten waren, eine demokratische Reform des Systems der „global governance“ insbesondere von WTO, IWF und Weltbank anstreben,
 - G. in der Erwägung, dass das Weltwirtschaftsforum unter anderem eine neue Bereitschaft der

Geschäftswelt signalisiert hat, sich an dem Dialog zu beteiligen und kritischen Fragen zu Weltwirtschaft, Governance, Sicherheit, sozialverantwortlichem Unternehmertum, Energie, Rechten der Frauen, Rechten des Kindes, Finanzmärkten, Arbeit und Menschenwürde nachzugehen,

1. begrüßt die Entwicklung in Richtung auf einen konkreten politischen Kurswechsel, die die globalen Bewegungen ansteuern und bei der es um die Förderung einer demokratischen, fairen und sozialen Form der Globalisierung für alle Gruppen, insbesondere Frauen, geht;
2. begrüßt die Schaffung weltweiter Sozialnetze und die Eröffnung internationaler Kampagnen zu Fragen wie globale öffentliche Güter, Zugang zu Wasser, Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit, Leistungen der Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt, Unternehmenshaftung, Entschuldung, Reform der internationalen Wirtschaftsorganisationen (IWF, Weltbank, WTO) und Unterstützung der Kyoto-Protokolls;
3. begrüßt den Appell des Parlamentarischen Weltforums zugunsten eines internationalen Vertrags, durch den eine Steuer auf Währungsgeschäfte eingeführt würde, deren Erträge in Fonds der Vereinten Nationen fließen sollen;
4. teilt die Besorgnis der weltweiten Sozialbewegung in Bezug auf Frieden und internationale Stabilität, insbesondere hinsichtlich des gefährlichen Konzepts eines „Präventivkriegs“;
5. betont, dass die EU als Modell für demokratische, supranationale, regionale „Governance“ eine wichtige Rolle spielt und Antworten auf viele der in Porto Alegre und Davos aufgeworfenen Fragen geben kann, bei denen es um die Demokratisierung der „global governance“ ging;
6. ist jedoch der Auffassung, dass die EU, wenn sie diese positive Rolle bei der „global governance“ spielen will, tiefgreifende institutionelle Reformen durchführen muss, um die Union politisch zu stärken und ein fortschrittliches, auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Wirtschafts- und Sozialmodell zu fördern; erwartet, dass der Konvent für die Zukunft Europas diesbezüglich anspruchsvolle Vorschläge unterbreitet;
7. ist der Auffassung, dass die politische Gemeinschaft eine umfassendere Strategie für eine gerechtere, sozial-integrative Globalisierung entwickeln sollte, mit dem Ziel, den wirtschaftlichen und den sozialen Fortschritt weltweit miteinander in Einklang zu bringen; fordert daher die Schaffung nationaler und europäischer Koordinierungsstellen des internationalen parlamentarischen Netzwerks, so dass sich europäische, nationale und regionale Parlamentarier gemeinsam an dieser Aufgabe beteiligen können;
8. dringt auf eine Erklärung der EU anlässlich der nächsten Konferenz der Welthandelsorganisation in Cancun dahingehend, dass die internationale Handelspolitik sozialen und ökologischen Zwängen Rechnung tragen muss, und dass internationale Handels- und Finanzsysteme von Grund auf reformiert werden müssen, um den Anforderungen einer Demokratie zu entsprechen; fordert die Kommission auf, die Liste der Dienste, deren Liberalisierung sie vorschlagen will, herauszugeben, bevor diese am

31. März der WTO vorgelegt wird, damit europäische und nationale Parlamentarier genügend Zeit haben, darüber zu diskutieren;
9. erklärt erneut, dass die Interessen der Patienten denen der pharmazeutischen Industrie vorgehen; fordert somit, dass das Mandat von Doha eingehalten wird, damit keine Bestimmung des TRIPS-Übereinkommens künftig die Entwicklungsländer daran hindern kann, öffentliche Gesundheitspolitik zu betreiben;
 10. weist nachdrücklich darauf hin, dass die Globalisierung die Rechenschaftspflicht privater Unternehmen gegenüber der demokratischen Autorität nicht untergraben darf; betont daher, dass die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR) auf einer angemessenen Mischung von freiwilligen und regulativen Maßnahmen beruhen sollte; glaubt, dass das künftige Multi-Stakeholder Forum der EU, in dem Vertreter aus Geschäftswelt, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und öffentlicher Verwaltung zusammenkommen, eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Vereinbarkeit von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt spielen können;
 11. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission und den Mitgliedstaaten zu übermitteln.